

„Gegenwind“ bremst die Energiewende

„Gegenwind“ bremst die Energiewende

Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft ordnen das Windräder-Nein von Mehring ein

Wolf auf A 9 von Auto erfasst: Tier verendet

Schnaittach. Ein Wolf ist auf der A 9 im Landkreis Nürnberger Land überfahren worden. Das tote Tier sei am Sonntagmorgen auf Höhe eines Parkplatzes bei Schnaittach gefunden worden, teilte die Polizei am Montag mit. Vermutlich war der Wolf beim Queren der Autobahn von einem Auto erfasst worden. Der oder die verantwortliche Autofahrerin habe sich nach Polizeiaussagen vorerst nicht gemeldet. – lby

Im Süden Bayerns leben die meisten Rinder

Fürth. Der Bestand an Milchkühen und anderen Rindern geht in Bayern weiter zurück – besonders viele Tiere gibt es noch im Süden Bayerns. Das sind die Ergebnisse der Rinderbestandserhebung des Landesamts für Statistik. Zum 3. November 2023 lebten knapp über 2,8 Millionen Rinder auf 39 113 Höfen im Freistaat. Das sind 2,2 Prozent weniger Tiere und 1,8 Prozent weniger Betriebe im Vergleich zum Vorjahr. Der Landkreis mit den meisten Rindern ist das Ostallgäu – mit 128 384 Tieren, gefolgt den Landkreisen Rosenheim (127 532), Unterallgäu (122 552) und Traunstein (103 283). Stark geht nach Angaben des Landesamts die Zahl der Höfe mit Milchkühen zurück: Bei den Halftungen gebe es ein Minus von 3,8 Prozent. Insgesamt machen Milchkühe einen Anteil von 37,7 Prozent am gesamten Rinderbestand in Bayern aus. – lby

Hinterhältiger Angriff an S-Bahn-Haltestelle

Pullach. Ein 35-Jähriger ist an einer S-Bahn-Haltestelle in Pullach bei München hinterrücks angegriffen und im Gesicht schwer verletzt worden. Der bislang unbekannt Täter habe bei der Attacke am Montagmorgen einen scharfen Gegenstand benutzt, möglicherweise ein Messer, teilte die Bundespolizei mit. Anschließend flüchtete der Mann. Der stark blutende 35-Jährige wählte selbst den Notruf und wurde in ein Krankenhaus gebracht. – lby

Busfahrer erleidet Herzinfarkt am Steuer

München. Ein Linienbus ist in München mit einem Auto zusammengestoßen – sieben Menschen sind dabei verletzt worden, einer von ihnen schwer. Der 67 Jahre alte Busfahrer sei am Sonntagmittag wegen eines Herzinfarkts auf die Gegenspur gefahren, sagte ein Polizeisprecher am Montag. Dort stieß der Bus frontal gegen den Wagen eines 72-Jährigen. Feuerwehrgaben zufolge erlitt der Autofahrer durch den Aufprall schwere Verletzungen. Der Busfahrer kam wegen des Herzinfarkts ins Krankenhaus. Sechs Insassen im Alter von 67 bis 23 Jahren wurden verletzt. – lby

Von Erwin Schwarz

Mehring. Nach dem Bürgerentscheid in Mehring, in dessen Rahmen dem Bau von Windrädern auf Staatsforstflächen im Gemeindegebiet eine Absage erteilt wurde, steht jetzt die Frage im Raum, wie es mit dem Erneuerbare-Energien-Projekt im Landkreis Altötting weitergeht.

Wie berichtet, geht es in der Gesamtheit um einen Windpark mit bis 40 Windrädern und eine Leistung von 288 Megawatt, was zur Versorgung von 150 000 Haushalten ausreichen würde. Kosten von 400 Millionen Euro werden veranschlagt. Angesiedelt werden soll das Projekt „Rückenwind Chem-Delta“ im Staatsforst im Kern des Landkreises Altötting. Gut 1300 von dessen 5000 Hektar Gesamtfläche wären geeignet für Windräder, knapp 350 Hektar liegen auf Mehriinger Gebiet.

Großer Energiehunger der Chemie-Industrie

Die bayereigene Staatsforstfläche scheint der Staatsregierung geeignet, weil hier die Windkraftanlagen weniger auffallen als in der freien Fläche und „weniger bedrängend“ seien, wie Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (Freie Wähler) erst vor knapp zwei Wochen bei einem Ortstermin in Mehring betonte. Auch Ministerpräsident Markus Söder (CSU) unterstützt das Projekt, ebenso die Bayerischen Staatsforsten, Umweltorganisationen, die überwiegende Zahl der regionalen Kommunalpolitiker und auch die Industrie im Bayerischen Chemiedreieck.

Es gehe um die Erzeugung erneuerbarer Energie, die Abkehr von fossilen Brennstoffen im Kampf gegen den Klimawandel und damit auch um den Schutz des Waldes. Bayern benötigt pro Jahr rund 70 Terawattstunden Strom, die Industrie im ChemDelta Bavaria rund 5 Terawattstunden, davon Wacker Chemie 2,9 Terawattstunden. Der Landkreis Altötting verbraucht so viel Strom wie Mittelfranken inklusive der Stadt Nürnberg.

Den Auftrag, den Windpark zu projektieren, hat das Unternehmen Qair Deutschland bekommen. Nach dessen Vorstellungen sollen die Anlagen eine Nabenhöhe von 199 Metern und einen Rotordurchmesser von 172 Metern haben. Aktuell laufen Windmessungen und Umweltverträglichkeitsuntersuchungen. Mittels Bürgerversammlungen, Informationsmärkten, einem kleinen Magazin sowie im Internet macht das Unternehmen Öffentlichkeitsarbeit für das Projekt.

Gleichzeitig hat sich die Bürger-



Die Gemeinde Mehring hat gegen Windräder gestimmt, die im Staatsforst im Hintergrund hätten entstehen sollen.

– Fotos: Michael SöB / Archiv

initiative „Gegenwind Altötting“ formiert und das Projekt bekämpft. Vielfach sah sich die Organisation Kritik ausgesetzt, dass die von ihr verbreiteten Thesen wissenschaftlich nicht haltbar seien, dass sie Panik schüre und dass in ihren sozialen Online-Kanälen teils fragwürdige, bisweilen gar strafwürdige Kommentare zu lesen seien. Am Sonntag nun hat „Gegenwind“ beim Bürgerentscheid in Mehring 67,5 Prozent Zustimmung erhalten für die Frage: „Sind Sie dafür, dass die Gemeinde ihr gemeindliches Einvernehmen zur Baumaßnahme der Errichtung von Windkraftanlagen auf dem Gemeindegebiet Mehriinger Forst verweigert und alle rechtlich zur Verfügung stehenden Maßnahmen ergreift, um die Errichtung von Windkraftanlagen auf dem Gemeindegebiet zu verhindern?“

In einer Stellungnahme am Montag schreibt die Bürgerinitiative, es gebe bei dem Bürgerentscheid keine Sieger oder Verlierer: „Die Mehriinger Bürgerinnen und Bürger haben sich im Wege gelebter Demokratie für den Erhalt ihrer Heimat, ihrer großartigen Landschaft und des – für das Industriedreieck so wichtigen – Forstes ausgesprochen. Damit haben sie sich ein Stück Demokratie zurückgeholt und gegenüber den Entscheidungsträgern klar zum Ausdruck gebracht, dass weitreichende Entscheidungen nur Sinn machen, wenn auch die Bürgerinnen und Bürger in den Entscheidungsprozess miteinbezogen werden.“ Die Bürgerinitiative wolle nun zeitnah mit dem Bürgermeister, dem Gemeinderat und den Bürgerinnen und Bürgern „vorurteilsfrei die beste Lösung für Mehring erarbeiten“, heißt es in der Mitteilung.



Ziehen ihre Schlüsse aus dem Bürgerentscheid: Ministerpräsident Markus Söder (von links), Mehriinger Bürgermeister Robert Buchner, OTH-Professor Michael Sterner und Qair-Projektleiter Peter Reidelbach.

Gemeinderatsbeschluss „Pro Windkraft“ wird aufgehoben

Bürgermeister Robert Buchner (Freie Wähler) hat diesbezüglich schon mitgeteilt, er werde in Folge des Ausgangs des Bürgerentscheids in der März-Sitzung des Gemeinderats den Antrag stellen, den Grundsatzbeschluss zugunsten des Windparks aus dem vergangenen Jahr aufzuheben. Im Rahmen eines Genehmigungsverfahrens für Windräder auf Mehriinger Staatsforstgebiet müsste der Gemeinderat wegen des Bürgerentwurfs künftig seine Zustimmung verweigern. Das Gemeindeführungsteam zeigt sich enttäuscht: „Wir haben versucht, den Leuten zu erklären, warum der Windpark wichtig ist für unsere Region. Die Mehrheit sieht es anders.“ Ob diese Entscheidung das Gesamtprojekt verhindern kann, wisse er nicht. In der Gemeinde Markt ist ein Ratsbegehren möglich, in der Gemeinde Haiming soll nach Angaben von „Gegenwind“ in den nächsten Tagen ein Antrag für ein Bürgerbegehren eingereicht werden.

Ministerpräsident Markus Söder sagte bei der Pressekonferenz zum Doppelhaushalt am Montag, die Entscheidung in Mehring sei „kein Beinbruch“. Der Windpark

im Landkreis Altötting bleibe ein Herzstück der bayerischen Windstrategie, sei das größte Windkraftprojekt Süddeutschlands und spiele insbesondere auch für das Chemiedreieck eine zentrale Rolle. Söder zeigte sich aber „sehr optimistisch, dass wir den Windpark auf den Weg bringen“.

Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger ergänzte in einer Pressemitteilung, die Entscheidung der Bürger von Mehring zeige, dass sie mehrheitlich von der bisherigen Planung nicht überzeugt seien. „Es gilt jetzt zu prüfen, wie das Windenergie-Projekt weitergeführt wird. Ich bin nach wie vor dafür, Windräder in der Region zu errichten, um erneuerbare Energie für den Chemiepark und die Bürger zu erzeugen.“ Dieser Meinung schließen sich auch Institutionen wie die Bayerischen Staatsforsten, die IHK und der Bund Naturschutz an. Das Projektunternehmen Qair versteht den Bürgerentscheid als Auftrag, „hier zusammen mit den weiteren Entscheidungsträgern noch besser die Vorteile zu erklären und Fehlinformationen aufzulösen“, so Projektleiter Peter Reidelbach.

„Aus Sicht der Industrie ist der Ausgang des Bürgerentscheids eine herbe Enttäuschung“, heißt es in einer Stellungnahme der Wacker Chemie Burghausen. Man habe Verständnis, dass ein Projekt

dieses Ausmaßes und die damit verbundenen Veränderungen für Verunsicherung sorgen würden. Der Wohlstand der Region könne aber nur durch Veränderungen erhalten werden. „In Anbetracht des menschgemachten Klimawandels muss die chemische Industrie klimaneutral werden. Das ist ein gewaltiger Kraftakt und setzt vor allem eine deutlich stärkere Elektrifizierung voraus. Mehr Elektrifizierung bedeutet mehr Strom – grüner Strom wohlgedem! Wir brauchen also einen Ausbau an erneuerbaren Energien und in Bayern insbesondere der Windenergie.“

„Es geht primär um Standorticherheit“

Prof. Michael Sterner von der Forschungsstelle Energienetze und Energiespeicher an der OTH Regensburg ordnet die Entscheidung von Mehring schließlich wissenschaftlich ein: Er ist überzeugt, es brauche mehr finanzielle Teilhabe der lokalen Bevölkerung, die allerdings für den Windpark im Landkreis Altötting zugesagt ist – wengleich das genaue Prozedere noch nicht entschieden ist. Auch müssten Politik, Industrie und Wissenschaft die Bürger stärker unterstützen und aufklären, da sonst Klimawandel-Leugner und Energiewende-Gegner Desinformation verbreiten und Angst und Unsicherheit schüren könnten. Sterners Fazit: „Es besteht die Gefahr, dass alle verlieren. Am Sonntag haben die Mehriinger die Frage, ob sie langfristig ihre Arbeitsplätze aufgeben wollen, mit Ja beantwortet. Es geht nicht primär um Umweltschutz, es geht um Standorticherheit. Dieser Zusammenhang ist offensichtlich nicht in der Bevölkerung angekommen.“